

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Aus der Tiefe

Herrgott, nun ist all unser Weien wie schrilles Stöhnen zerfprungener Saiten — siehe, der graulige Schreckensberg hat uns die junge Schönheit und die bunten Lieder der Seele geraubt. Arm und nackt schreiten wir durch das Tal der Leiden, von stählernen Armen der Arbeit umkrallt. Kreisende Riemen schleifen unsere Seele durch rauchende Gluten, und der Glühschrei des Blutes wird von tosenden Hämmern erfüllt. In tausend Fabriken haben wir Dir den Weihrauch entzündet, auf Schwingen der Arbeit rauscht Dein Name vom Erdkreis empor zu den Sternen. Nimm uns ganz, o Herr! Sieh das unendliche Füllhorn des Leidens über uns aus — und seligen Dank soll unsere Seele Dir lächeln wenn Du sie gerührst — nur unseren Kindern, o Herr, öffne erbarmend das Frühlingsmorgentor! —

Anne Jacobi.

Ernste Zeiten

Eine Weile sah es aus, als ginge es wirklich vorwärts mit dem deutschen Wiederaufbau. Die innerstaatliche Ordnung hatte sich zweifellos gefestigt, in den Gang der Wirtschaft war mehr Sicherheit und Stetigkeit gekommen und selbst die vielverleibtesten Arbeitsleistungen hatten sich nach allgemeinem Urteil bedeutend gebessert. Nun stehen wir an einer Wendung, die alles bisher Mühselig Erreichte wieder zunichte zu machen droht. Wir meinen den Abbruch der Londoner Verhandlungen und die Folgen, die er nach sich gezogen hat: die „Sanktionen“, zu deutsch Gewalttaten.

Unmögliches war in den Pariser Beschlüssen vom deutschen Volke verlangt worden. Abgesehen von anderen „Kleinigkeiten“ sollten wir uns zur Zahlung einer Wiedergutmachungssumme von 226 Milliarden Goldmark verpflichten. Man war so gnädig, diese ungeheuerliche Summe nicht auf einmal zu verlangen, sondern hat sie auf 42 Jahreszahlungen, die sogenannten Annuitäten, verteilt. Wohl weil man erkannte, daß die lebenden Deutschen das Unmögliche nicht möglich machen können, wurden die ungeborenen Geschlechter dazu verurteilt, Sklavenarbeit für die Entente zu leisten. Unsere Vertreter in London haben nicht gezögert, auf diese unsittlichen Zumutungen die einzig richtige Antwort zu geben, nämlich ein klares und unzweideutiges: „Nein!“ Wir sind keine Nation von Selbstmördern. Für den wirklich angerichteten Schaden wollen wir aufkommen bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Nicht, weil wir von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege überzeugt wären, sondern weil wir den Krieg verloren haben. Aber höher wie das „Recht“ der Sieger steht das Recht eines Volkes, zu leben. Weil wir und unsere Kinder leben wollen, bescheiden zwar und selbst in Armut, aber doch immerhin leben wollen, deshalb mußten wir die in Paris aufgestellten Forderungen ablehnen. Daß Deutschland in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit guten Willens ist, hat unser letztes Londoner Angebot bewiesen, von dem hervorragende Kennner der nationalen und internationalen Wirtschaft sagen, daß es unsere tatsächliche Leistungsfähigkeit bereits bei weitem übersteigt. Aber den Gewalttätigern der Siegerstaaten ist es überhaupt nicht darum zu tun, mit Deutschland über eine Regelung zu verhandeln, die von diesem als durchführbar und erträglich angenommen werden könnte. Ihr Streben geht vor allen Dingen dahin, stets neue Schuldverschreibungen von Deutschland zu erhalten, deren Undurchführbarkeit von vornherein feststeht und die man dann dazu benutzen kann, um immer neue Leistungen von uns zu erpressen. Deutschland soll einfach nicht mehr zur Ruhe und zum Aufstieg kommen. Es gibt sehr viel Leute bei uns, die sich

damit einlassen, daß die Siegerstaaten auf das stärkste an der Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens interessiert seien, denn anders könnten sie nicht zu den von uns verlangten Zahlungen kommen. Wir teilen diese Auffassung heute weniger als je, wenigstens soweit unsere Hauptgegner, Frankreich und England, in Frage kommen. Gewiß möchten diese gerne auch hohe Entschädigungssummen einstecken, aber höher wie diese steht ihnen das Ziel, das deutsche Volk als politische und wirtschaftliche Macht unter allen Umständen niederzuhalten.

So ist es in London gekommen, wie es kommen mußte. Die Verhandlungen, wenn man überhaupt von solchen reden will, sind ergebnislos abgebrochen, wann neue in Gang kommen, ist nicht abzusehen. Die angeordneten „Sanktionen“ traten automatisch in Kraft. Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sind von Ententesoldaten besetzt. Ueber die Wirkungen dieser Maßnahmen soll sich niemand Illusionen hingeben. Der für die Kohlenlieferungen nach Süd-Deutschland und nach Holland hochbedeutende Ruhrhafen Ruhrort steht unter der Verfügungsgewalt der Entente. Bald wird eine Zollgrenze das ganze links rheinische Gebiet von dem unbesetzten Deutschland abschneiden. In den hauptsächlichsten Ententesstaaten sind gesetzgeberische Maßnahmen in Vorbereitung oder bereits durchgeführt, wonach die Bezüge von deutschen Waren fünfzig Prozent des Wertes an die staatlichen Kassen der betreffenden Länder abzuführen haben. Keine Frage, daß dadurch unser Exporthandel gewaltige Erschwerungen erfährt. Wachsende Arbeitslosigkeit und steigende Preise sind die unausbleiblichen Folgen. Weitere Gewaltmaßnahmen, um von Deutschland die Unterschrift unter die unmöglichen Pariser Beschlüsse zu erpressen, sind vorgezogen.

Wir sind ein mehrloses Volk und können also der Gewalt der Gegner nicht Gewalt entgegensetzen. Wir wollen es auch nicht. In unserer Lage können wir nur von dem Appell an das Recht noch etwas erwarten. Und der alte Gott lebt noch! Das zu betonen, ist durchaus nicht überflüssig, wenn man sieht, daß selbst sehr viele Christen sich daran gewöhnt haben, die Zeit- und Weisung rein materialistisch und folglich pessimistisch zu betrachten. Es ist noch nicht aller Tage Abend, und kein Volk ist verloren, wenn es nicht selbst den Willen zum Leben aufgibt. Was im Augenblicke von uns verlangt wird, ist Geduld, Gehuld und der eiserne Wille, sich als Volk zu behaupten, komme was da kommen mag. Wohl niemand in unserem Volke wird glauben, daß es auch bei größter Kraftanstrengung jemals gelingen könnte, die Sieger zurüdenzusetzen. Die logische Folge ist, daß einmal der Tag kommen mußte, wo wir den ewigen Erwürgnisversuchen der Entente ein „Bis hierher und nicht weiter!“ und: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ entgegenzusetzen mußten. Da ist jetzt geschehen. Nun heißt es, die Zähne zu zusammenbeißen und das Unvermeidbare mit Hohn zu tragen. Wir müssen durch dieses Leidensstadium hindurch, wenn uns und unseren Kindern die Aussicht auf ein Vinderung der drückenden Last, die der Versailles-Friedensvertrag uns auferlegt, winken soll. Nicht Gippenkenntnis, sondern tiefstes seelisches Erlebnis sind uns Stegerwalds Worte aus dem Essener Gewerkschaftscongress: „Deutschland ist für uns die unzertrennbare Schicksalsgemeinschaft, die an die Dauer kein Bajonett, keine Handgranate, kein Geld und keine Niedertracht zerreißen kann!“

Au den Erschwerungen unserer außenpolitischen Lage treten tiefschmerzliche Vorgänge im Innern. Wir machten in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ Mitteilung von dem Aufruf des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, der sich gegen das Diebes- und Erpreßergesinde im Industriebezirk Merseburg richtete. Irreführende Verbrecher, die sich Kommunisten nennen — wir gebrauchen die Worte sozialdemokratischer Zeitungen — haben diesen Anlaß benutzt, um erneut verschiedene Gegenden Deutschlands in die Schrecken des Straßenkrieges zu versetzen. Gegen den „weißen Schrecken der Konterrevolution“ wurde der Generalstreik proklamiert und die Arbeiterschaft zu den Waffen gerufen. Trotzdem S. P. D. und U. S. P. D. sich der

wahnwitzigen, mit menschlichen Gründen überhaupt nicht mehr zu erklärenden Gehe der Kommunisten entgegenstellten, kam es in Mitteldeutschland und verschiedenen norddeutschen Großstädten zu umfangreichen Arbeitseinstellungen, die von Ausschreitungen tollster Art begleitet waren. In Hamburg waren mehr als 30 Tote und etwa die doppelte Anzahl Schwerverletzter die Opfer von Zusammenstößen mit der Polizei. Zahlreiche Tote als Opfer der Straßenkämpfe werden auch aus Mitteldeutschland gemeldet. Im Freistaat Sachsen wird planmäßig mit Bombenattentaten gegen die öffentlichen Gebäude vorgegangen, schwerer Schaden ist bereits angerichtet. Ob die Kämpfe eine weitere Ausdehnung erfahren oder sie bald zusammenbrechen werden, ist im Augenblicke nicht abzusehen. Die Drahtzieher der Bewegung halten sich natürlich auch diesmal wieder für zu schade, ihre kostbare Haut zu Markte zu tragen. Die unabhängige „Freiheit“ stellt fest, daß so ziemlich alle maßgebenden kommunistischen Führer entweder auf „Reisen“ gegangen sind oder einen „Erholungsurlaub“ angetreten haben. Nichts ist bezeichnender für die Unreise weiter Kreise der Arbeiterschaft, als daß solche tieftraurigen Vorgänge heute noch sich ereignen können. Den Schaden hat die ganze deutsche Arbeiterschaft zu befehen. Aber Klagen und Jammern hilft zu nichts. Hier muß handelnd eingegriffen werden. Es gibt schließlich nur ein wirklich durchgreifendes Mittel. Wir müssen die christlich-nationale Arbeiterbewegung auf eine solche Stärke bringen, daß sie schon durch das Gewicht ihrer Mitgliederzahl, mehr noch durch den Geist ihrer Mitglieder, Fußstapfen der Radikalen gar nicht aufkommen läßt, und wo sie dennoch sich zeigen, schon im Keime erstickt. So gesehen, lieber Freund, wirst du finden, daß der Ruf zur Agitation, der jetzt im Frühjahr wieder verstärkt an dich ergeht, denn doch einen tieferen Sinn hat, als du vielleicht manchmal anzunehmen geneigt bist.

Einen Lichtblick in unserer nicht gerade rosigen Gesamtlage bedeutet das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien. Doch bei alle Grenzen übersteigenden polnischen Terrors hat sich das obereschlesische Volk zu fast zwei Dritteln für Deutschland entschieden. Das ist mehr als viele von uns zu hoffen gewagt hatten. Aber noch ist der Kampf um das schöne obereschlesische Land nicht endgültig für Deutschland gewonnen. Der Versailler Vertrag gibt leider der Entente das Recht, bei der endgültigen Entscheidung über das fernere Schicksal Oberschlesiens fast nach Willkür zu verfahren. Das Ziel der deutschen Politik muß es sein, Oberschlesien als Ganzes für Deutschland zu erhalten. Auch hier ist zum Erfolge notwendig, daß das ganze deutsche Volk einig und in zähem Willen zusammensteht.

Weitere Verhandlungen über die Ferienfrage

fanden am 22. März in Berlin statt. Die Arbeitgeber stellten die Frage, wie sich die Arbeitnehmer das von den Unparteiischen vorgeschlagene Provisorium für das Jahr 1921 vorstellten. Die Vorschläge der Arbeitervertreter gingen dahin, daß für 1921 der einzelne Arbeitgeber den bei ihm beschäftigten Arbeitern Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewähren sollte. Die Arbeitgeber lehnten diesen Vorschlag als undurchführbar ab und gaben folgende schriftliche Erklärung ab:

Die Arbeitgeber sind bereit, auf folgender Grundlage über die Regelung der Ferienfrage zu verhandeln:

1. Die Arbeiter haben nach einer gewissen Beschäftigungsdauer bei demselben Unternehmer Urlaub von gewisser Dauer zu beanspruchen.
2. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, den beurlaubten Arbeitern ihre Stelle offen zu halten und die sozialen Lasten während der Urlaubszeit weiter zu tragen.
3. Eine Entlohnung für die Urlaubstage haben die Arbeiter nicht zu beanspruchen.

Die Arbeitervertreter haben demgegenüber folgende schriftliche Erklärung ab:

„Die Arbeitervertreter betrachten den Vorschlag Feuer nicht als Bewilligung von Ferien im Sinne der protokollarischen Erklärung der Reichsarbeitsverträge, weil dabei die Hauptsache, nämlich die Entschädigung für die Ferientage, fehlt. Ohne Entschädigung der Ferientage sind die Arbeiter nicht in der Lage, Ferien zu machen.

Wir müssen grundsätzlich auch die Gewährung von Ferien an alle Bauarbeiter fordern, die eine bestimmte Zeit im Baugewerbe gearbeitet haben, während der Vorschlag Feuer nur die Gewährung von Ferien für solche Arbeiter vorsieht, die eine bestimmte Zeit bei einem Unternehmer gearbeitet haben.

Die Ziffern 1 und 2 des Vorschlages Feuer wollen die amwesenden Vertreter der Arbeiterverbände ihren Verbandsvorständen als Provisorium für das Jahr 1921 zur Annahme empfehlen, wenn die Vertreter der Arbeitgeberverbände ihren Standpunkt zu Ziffer 3 aufgeben und in eine Bezahlung der Ferientage einwilligen.“

Nachdem die Organisationen hierzu Stellung genommen haben, sollen die Verhandlungen zwischen den Parteien am 21. April fortgesetzt werden.

Deutsche Lebensfragen

Von Dr. Heinrich, Freiburg i. Br.

II

Der Kampf um die Sozialisierung ist unter den sozialistischen Parteien und in den sozialdemokratischen Gewerkschaften entbrannt. Auch unsere Bewegung wird davon berührt.

Ob die Sozialisierung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter beitragen kann, ist nicht ohne weiteres bejahend zu beantworten. Es muß die Frage aufgeworfen werden: Ist prinzipiell die Sozialisierung und insbesondere in der heutigen Zeit möglich und nützlich? In dieser Hinsicht gibt es für mich eine unbedingte Voraussetzung, um die Frage mit „Ja“ zu beantworten: Die Erhöhung der Produktion durch die Sozialisierung. Wenn auch nicht sofort, aber im Laufe kürzerer Zeit. Nur bei Erfüllung dieser Voraussetzung darf und muß aber auch die Sozialisierung durchgeführt werden. Mit dieser Frage ist auch vieles andere geknüpft, denn wenn die Sozialisierung die Produktion erhöht, wird das Warenangebot größer, sinken die Preise und das Volk wird für sein Geld mehr Ware bekommen. Auf diese grundsätzliche Forderung will ich heute hauptsächlich der Sozialisierung beschränken.

Nun hätte ich einiges über die Arbeiterbewegung Deutschlands zu sagen.

Die moderne Arbeiterbewegung ist in unseren Tagen, ja sie war es schon teilweise vor dem Kriege, aus dem Selbstbewußtsein, aus der natürlichen Verbundenheit mit der Gemeinschaft, herausgerissen worden. Zwei Faktoren haben dies hauptsächlich bewirkt: Hier Kapitalismus und Monarchismus — dort die Sozialdemokratie. Die deutsche Arbeiterklasse lebt vielfach in einem anderen Gedankenkreis als die übrige Völkergemeinschaft. Das war von jeher unsere große Schwäche, die sich ganz besonders in dem großen Scheitern und auch jetzt noch zum Schaden der ganzen Nation gezeigt hat. 60 Prozent der deutschen Arbeiter hatten sich schon vor dem Kriege vom Staate losgelöst — sie kannten kein Vaterland. Sie sahen in der Regierung eher in den Regierungsorganen nur Feind, die sie niederhalten und machen wollten. Durch eine gewisse Jenseitigkeit, festgesetzte Verheißung der Arbeitermassen seit 50 Jahren ist der Gedankenkreis und die Identifizierung eine solche geworden. Der Arbeiter stellt sich nicht immer nur als der Entbehrte vor, und alles, was angerichtet ihm ist, das sind die Ausbeuter.

Woher kommt die radikale Stimmung? Dafür gibt es viele Gründe. Doch aber seien hier besonders hervorgehoben: In erster Stelle steht die verheerende Agitation von jenen Sozialdemokraten auf den drei wichtigsten Lebensgebieten durch viele Jahrzehnte hindurch.

1. In politischer Beziehung hat sie ihre Gefolgschaft immer wieder gelehrt, der monarchistische Staat sei abstrakt gar nicht, sondern sei an allem Übel und Unglück schuld; die sozialistische Republik mache die Menschen glücklich.

2. In wirtschaftlicher Beziehung hat sie ständig bei den ungeschulten Massen den Glauben erweckt, die Unternehmener seien nichts anderes als Ausbeuter der Arbeiter und Parasiten am Volkstempel; man brauche das, was sie im Überflusse hätten, nur zu teilen, um alles Menschen ein anständiges Leben zu führen.

3. In kultureller Hinsicht hat sie durch jahrelanges Pflegen des tiefsten Materialismus in den Massen den Aberglauben gelehrt, der Mensch könne bei gerader Benützung der wirtschaftlichen Güter und der Sicherung seiner Entwicklungsmöglichkeiten rechtlich glücklich werden. Die Kirchen seien Verhinderungsmittel, die brauche man nicht.

Nichts hat uns deutlicher gelehrt als die Revolution, daß das alles falsch ist. Das sehen heute ja

auch einige vernünftige Führer im sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteilager ein.

Unerkennbar muß auch mit aller Entschiedenheit betont werden, daß die Angehörigen der sogenannten besseren Stände, Unternehmer, höhere Beamte und andere Jahrzehnte hindurch durch ihr Verhalten den Glauben der Arbeiterschaft herausgefordert haben und damit den Glauben an die sozialistischen Glücksideale genährt haben. Das rein menschliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter und zwischen Intellektuellen und Arbeitern wurde schon vor dem Kriege immer schlechter. Im großen und ganzen kann man sagen: Entweder wurde von ihnen der Arbeiter als Mensch betrachtet oder doch wenigstens nicht beachtet.

Die prinzipiellen Kämpfe der Arbeiterbewegung drehen sich im Kern um die Frage: „Soll die Lösung der Arbeiterfrage auf dem christlichen Rechtsboden oder auf dem Wege des Materialismus erstrebt werden?“ Für den Christen und unsere Bewegung ist diese Frage entschieden, braucht gar nicht erst diskutiert zu werden. „Kampf bis zur Vernichtung!“, das ist die eiserne und unabwendbare Logik des Materialismus. Der Materialist erkennt nur ein Recht an, das Recht seiner Klasse. Duldung, Versöhnung, Ausgleich der Klassengegenstände, das sind dem Materialisten wesensfremde Begriffe. Und diesen unerbittlichen Klassenkampf haben die „freien“ Gewerkschaften in die Arbeiterbewegung hineingetragen. Das lehnen die christlichen Gewerkschaften ab. Ihnen gilt der Rechtsbegriff nicht als Vorrecht irgendeiner Klasse, sondern als Norm für die Abgrenzung der Ansprüche der einzelnen Klassen der menschlichen Gesellschaft. Wer Rechte für sich fordern will, muß auch Rechte anderer anerkennen und sich seiner eigenen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit bewußt sein.

Wir wollen durch die christliche Arbeiterbewegung mit Nachdruck dahin wirken, daß Menschenrechte und Menschenwürde auch in wirtschaftlichen und sozialen Leben wieder Anerkennung finden.

Der Klassenkampf stärkt das Recht aus. Er besteht in der rücksichtslosen Geltendmachung der wirtschaftlichen Macht. Wie christlichen Arbeiter lehnen den Klassenkampf ab, weil er nicht das Recht zur Geltung bringt.

Der Weltkrieg mußte den Klassenkampfgedanken stärker hervortreten lassen. Und so kam, was kommen mußte: die Revolution. Und wenn man letztere als eine Sozialisierung bezeichnet hat, so wird damit, wenn auch nicht der Sache, so doch dem Charakter nach die Revolution getauuscht.

Gewiß, statt Klassenkampf ist es eine unbedingte Notwendigkeit, mehr jenseitige Gefinnung von Mensch zu Mensch zu pflegen. Der Arbeiter muß als Mensch gewertet werden. Das bedingt auch den Verzicht auf der rein materialistischen Betrachtungsweise des Kapitals, wie auch auf der Sozialdemokratie, deren oberster Grundsatz die wirtschaftliche und politische Macht ist. Nicht der Materialismus ist in der Lage, die Menschheit zu führen, sondern der Geist des Menschen soll über der Wirtschaft stehen. Nur in einer Neuordnung der Geister kann die Gesundung und Weiterentwicklung der Welt bestehen. Von innen heraus muß diese kommen. Materialistischer Materialismus und Nachgeiß haben die Völker ins Elend geführt. Daran muß es Besserung geben. Denn man ist nicht ein Mammon- und Machtgeist stellen wir die Grundzüge des jüdischen Rechts und der Gerechtigkeit, des lebendigen verantwortlichen Gewissens, wie sie in den Fundamentallehren des Christentums niedergelegt sind, entgegen. Religion kann deshalb nicht „Privatsache“ sein, wie die Sozialdemokratie gnädigst gehalten will. Wären Völkergesetz- und Völkerehren durchdrungen gewesen von würdevollem Geist, der ausstrahlt in die Geisteskräfte „Liebe deinen Nächsten als dich selbst“ und „Ob Ansehenhaft von deiner Verwaltung“, so würde der Menschheit viel Leid und Elend erspart worden sein.

Die wirkliche Befreiung und Neuordnung der Völker kann daher nicht bestehen in der „Freiheit der Entchristlichung“, der Ablösung des Klassenstaates von oben durch den von unten. Das wäre die gleiche Suppe, nur in einer anderen Schüssel. Dauernde innere Gesundung wird nur erreicht mit der Durchdringung und praktischen Befolgung der Wahrheiten des Christentums im gesamten öffentlichen Leben. Die Weltgeschichte zeigt uns, wohin die Völker ohne die religiös-jüdischen Grundlagen des Christentums kamen. Religionsfeindschaft schädigt die wahren Volksinteressen.

Deshalb erstreben die christlichen Gewerkschaften in Deutschland eine vom christlichen Geiste getragene Volkstatistik. Wir wollen eine ehrliche und wahre christliche Demokratie. Alles mit dem Volke, alles für das Volk und alles durch das Volk ist unser wahrer demokratischer Grundsatz. Eine edle und echte Freiheit verlangen wir, keine Zugeständlichkeit und Lösung aller Bande einer eisenen Staatsordnung.

Zum Schluß will ich kurz die Frage beantworten, ob wir, die christlichen Gewerkschaften, in der Zukunft Aussicht haben, uns durchzusetzen. Unter gewissen Voraussetzungen würde ich die Frage vollkommen bejahen.

Die Voraussetzungen hierfür sind meines Erachtens folgende:

1. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß nach einem einheitlichen, selbständigen, inhaltsreichen Programm arbeiten, wie es der 10. christliche Gewerkschaftskongress aufgestellt hat.

2. Diese Ziele selbst gehören auch zu den Voraussetzungen einer glücklichen Zukunft der christlichen Gewerkschaftsbewegung und müssen nach meiner Ansicht nach folgenden Hauptgedanken orientiert sein: a) Unbedingte rücksichtslose Fernhaltung vom Klassenkampf. In der Gemeinschaftsarbeit, im christlichen Solidarismus (Wertgenossenschaft) muß die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Ideale erblicken: Sie muß den Arbeitern klar machen, daß die Ausschaltung des gesamten Bürgertums in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht dem Volksgangen und somit auch den Arbeitern nicht von Nutzen ist. Den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, kann schon heute historisch nicht schwer fallen an Hand von Beispielen aus der Praxis des Sozialismus. (Rußland, Italien und in gewissem Grade Deutschland.)

b) Das größte Streben der christlichen Gewerkschaften und ihre Hauptforderung muß sein: dem Arbeiter die volle Gleichberechtigung in seinem Berufe, in der Gesellschaft, in der Politik zu geben.

c) Um diese geistigen Ziele zu erreichen, muß allerdings eine materielle Voraussetzung erfüllt sein: der Arbeiter muß ausreichend und entsprechend seiner Leistung entlohnt werden. Damit wird das reine Lohnsystem nach Möglichkeit ausgeglichen und die Gemeinschaftsarbeit im Berufe muß auch in materieller Hinsicht, d. h. bei der Gewinnbeteiligung, angestrebt werden.

d) Als letztes großes Ziel muß die christliche Arbeiterbewegung die Verinnerlichung, die Seelenkultur des Christentums, den Massen zurückgeben.

Die christlichen Gewerkschaften müssen wie bisher auch für die Zukunft sich mit Stolz zum deutschvölkischen Gedanken, nicht im nationalistischen Sinne, sondern im Sinne heißer Liebe zu Staat und Heimat, zum Volke und zur deutschen Kultur, bekennen.

Ebenso scheuen wir uns nicht, ein Bekenntnis zum Gottesglauben, der letzten Trostquelle, abzulegen. Im Glauben an ihn und in der Befolgung seiner Gebote liegt das Ureflement des sozialen, wirtschaftlichen und sittlichen Aufstiegs der Völker.

Unsere Bewegung kennt die ungeheure Lebenskraft, die unser Volk im Weltkriege bewiesen hat, und sie vertraut, daß diese Lebenskraft sich auch nach dem Weltkriege und in der Weltrevolution unter dem deutschen Volke wieder geltend machen und behaupten und schließlich durchsetzen wird.

Wir haben diese Hoffnung! Die Hoffnung möge die Herzen aller christlichen Arbeiter, ja aller Deutschen durchdringen, daß wir wieder zu neuem Leben erwachen!

Sucht und Sitte sollen wieder bei uns einkehren. Das christlich-soziale Programm hat eine gewaltige ständeverändernde Macht. In der Zeit völliger Zerstörung und Massenverheerung wollen wir uns zur besten Entfaltung bringen.

Allgemeines

Wie man Arbeiterfrauen zum „proletarischen Klassenbewußtsein“ erzieht? Anders man sie in die Fabriken stellt! Du meinst, lieber Leser, das sei ein verurteiltes Aprilwort? Durchaus nicht. Das kommt nun in die „Ruh- & Co“ (Essen) vertritt ganz ernsthaft vorstehenden Standpunkt. Wörtlich ist dort (Nr. 51, 1921) zu lesen:

Die Frauenarbeit ist für uns kein notwendiges Übel, sondern ein notwendiges Stadium in der Entwicklung der Kleinbürgerlichen Arbeiterfrau zur Klassenbewußtesten Proletarierin. Eine Frau, die immer nur ihre vier Hände sieht, die an nichts anderes denkt als an ihren Kopfschmerz und an ihren Wochtag, die wird in 99 von 100 Fällen trotz aller Not rüchlos und kleinbürgerlich im Denken bleiben, sie wird nichts begreifen von der großen Umwälzung, die in unserer Zeit vorgeht. Treibt sie aber hinaus in dieses sogenannte Leben, muß sie in die Fabrik oder sonst an eine Arbeitsstätte, lernt sie Dinge und Menschen in ihrer ganzen Härten Wirklichkeit begreifen, dann spürt sie das große Versehen, in das sie hineingestellt ist, dann erwacht das proletarische Klassenbewußtsein in ihr und sie stellt sich ein in die Kampflinie des Proletariats. Ich will sicher nicht sagen, daß die proletarische Hausfrau überhaupt nicht revolutionär werden kann, aber sie hat es viel schwerer als eine Kollegin aus der Fabrik...

Aber auch die Frauenarbeit des kapitalistischen Zeitalters, so schrecklich sie ist, ist ein notwendiges Durchgangsstadium zur Bewußtwerdung der Frau. Das dürfen wir nie vergessen, wenn wir an die Beurteilung der Notwendigkeit und Möglichkeit irgendwelcher Frauenarbeit herangehen.

Also: Die industrielle Frauenarbeit ist zwar schrecklich, aber die „kleinbürgerlichen Arbeiterfrauen“ — nur diese, nicht etwa auch die Damen der Bourgeoisie — müssen hinein in die Fabriken, denn anderns werden sie nicht zu klassenbewußtesten Proletarierinnen erzogen, und das ist für einen wahren Revolutionär nun einmal die

Kollegen! Werarbeit wollen, müssen wir leisten. Rein Tag darf ungenutzt vorübergehen. Jeder sei ein Agitator für den Verband!

Gaustache. Jeder Kollege hat auf, das seiner Frau vorzulesen, und wenn sie dann noch keine Neigung hat, Kommunistin zu werden, dann ist ihr hart nicht zu helfen.

Die Kommunisten im Deutschen Bauarbeiterverband. Der Vorstand des D. B. V. hat Ernst gemacht mit seiner Forderung den kommunistischen Arbeitern gegenüber und die Anzahl der Hauptabteilungsleiter aus dem Verbande ausgeschloßen, darunter die Beamten der Zweigvereinsleitung Berlin, Kassel und Schiele. Darüber herrscht nun bei den Kommunisten im D. B. V. nicht geringe Aufregung, die sich in geharnischten Resolutionen und Protestversammlungen Luft macht. Am widerborstlichsten benahm sich der Bezirksverein Chemnitz, der in folgendem vom Verbandsverband aufgedrückt werden mußte und nunmehr kommunistisch verfaßt wird. Wie der „Grundstein“ mittelst ist es bei der Durchführung des Aufschließungsbeschlusses fast zu Tätlichkeiten gekommen, in den Bauereckräumen hätten sich Kämpfe abgespielt, die jedes Arbeiten unmöglich machten. Das geschlossene Bureau wurde gewalttätig erbrochen und der Versuch zur Neugründung eines jahresfähigen Vereines durch eine Sprengkolumne verhindert. Vorläufig ist für Chemnitz eine Zahlstelle für Einzelmitglieder errichtet. Die kommunistische „Kote Fahne“ ist besonders darüber erbost, daß neben einem U. S. P. Mann als Vorsitzender, einem S. P. D. Mann als Kassierer, ein bürgerlicher Zutritrat als Zwangsverwalter der Kassenkasse des Chemnitzer Vereines eingesetzt worden sei. Wohl im Hinblick auf die Festsetzung der neuen Zeitung, daß unter der abgesetzten kommunistischen Verwaltung mit den Massen geldern nicht immer korrekt verfahren worden sei, stellt die „Kote Fahne“ das Bedrückte, den Spieß umzukehren. Sie schreibt:

„Es ist unerhört, wie diese Verbrecher an der proletarischen Einigkeit die ihnen anvertrauten Gelder der Arbeiterenschaft verschwendern. Dazu haben also diese Verfechter Geld, die tags vorher in einer Sitzung in Chemnitz den Kollegen höhnisch erklärt: „Lohnforderungen könnt ihr stellen, aber Geld zur Durchführung bekommt ihr nicht.“ Wir führen diese Zettel an lediglich als Beweis für den „brüderlichen“ Ton, in dem die Kommunisten mit ihren sozialistischen „Brüdern“ von der S. P. D. und U. S. P. D. zu verkehren pflegen. Jeder Kollege mag danach selbst beurteilen, ob es möglich ist, so heterogene Elemente dauernd in einer Organisation zusammenzuführen.“

Die Redefreie. Weil die Siegerstaaten allein die Gewinner, wir allein die Verlierer sein sollten, zwingen sie uns den unmöglichen Versaillesvertrag auf. Aber man zerstört nicht ungestraft die Wirtschaft und Kaufkraft von Europa. Die Sieger müssen heute schon erkennen, daß die gegen uns gerichteten Kanonen bedeutende Wirkung zeigen, nach hinten loszugehen. So wird aus England gemeldet, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen eine noch nie dagewesene Höhe erreicht hat: 13 Prozent der gesamten Arbeiterkraft, d. h. über eine Million Arbeitslose. Ursache: Stöckung der Industrie, weil gewaltiger Rückschlag der Ausfuhr. Früher war Deutschland einer der besten Kunden Englands. Umgekehrt war England einer der bedeutendsten Abnehmer des deutschen Waren. Es beruht eben auch in der internationalen Wirtschaft alles auf Gegenseitigkeit, wenn alle Teile dabei gut fahren sollen.

Sehr interessant ist auch der Hinweis in der Baseler „Nationalzeitung“, daß entgegen allen Erwartungen beim Eintritt der „Sanktionen“ der französische Franken mehr zurüdgegangen ist als die deutsche Mark. Das Blatt schreibt dazu: „Die Industrie- und Exportführer versprechen sich nichts von den Sanktionen“, und die erwartete Sanierung Frankreichs beginnt teilweise mit einer Entwertung des Franken, die bei der mächtigen Auslandsschuldung Frankreichs gleich Milliarden ausmacht, vermutlich mehr als die ganze Differenz des ersten Jahres zwischen den französischen Forderungen und dem deutschen Angebot.“

Gold der „unangenehme“ Sachverhalte werden noch mehr sich einstellen. Sie sind notwendig, um dahin zu kommen, wohin wir kommen müssen, nämlich zur Revision des Versaillesvertrages. Im anderen Teile bedeutet der heutige Zustand den Anfang vom Ende der europäischen Kultur. Wir zweifeln nicht, daß diese Erkenntnis schließlich auch in den Siegerstaaten obliegen wird. Noch aber sind wir nicht so weit, deshalb heißt es für uns: durchhalten.

Wirtschaftliche Bewegung

Wasserbauarbeiter

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten gibt bekannt:

„Zur Behebung von Zweifeln mache ich darauf aufmerksam, daß die nach § 2 des Lohnvertrages (L. V. S. S. 2. Aufl. August 1920) zu dem Reichstarifvertrag für das Tiefbauwerk überleitenden Bauarbeiter nach wie vor als im Eigenbetriebe der Wasserbauverwaltung beschäftigt zu gelten haben. Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln sich zwar nach dem Tiefbauart, so daß sie folgerweise auch an den sozialen Vergünstigungen, wie sie der Lohnvertragsvertrag W. gewährt, nicht teilnehmen, dagegen bleiben sie auf Grund ihrer durch die Kassenleistungen begründeten Mitgliedschaft als fechtende Arbeiter sowohl Mitglieder der Arbeiterkassenkassen (Abt. A und B), als auch der zuständigen allgemeinen oder besonderen Wasserbauarbeitskassen.“

Am 2. April ist der vierzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

Nochmals: Einheits- oder Familienlohn?

Die Nr. 8 unserer „Baugewerkschaft“ veröffentlichte meine Zuschrift zu obigem Thema. Da nun von Angehörigen wie auch Gegnern des Familienlohnes mehrfach an mich die Aufforderung erging, einmal klarzulegen, wie ich mir die Durchführung wohl dachte, so möchte ich hiermit kurz anführen, wie ich mir eine Regelung dieser Frage denke.

Im vorigen Artikel habe ich schon angedeutet, daß wir die Löhne der Jugendlichen unter 20 Jahren zugunsten der kinderreichen Familienväter etwas beschneiden müßten. Dieses denke ich mir folgendermaßen: Bei den tariflichen Verhandlungen wird der Lohn, wie auch bisher üblich, beziehungsweise festgelegt. Desgleichen auch die Höhe des Familienlohnes. Die Jugendlichen im Alter von 19-20 Jahren bleiben dann vielleicht 20 Pf. pro Stunde unter diesem festgelegten Lohn. Die 18-19jährigen nochmal 25 Pf. hierunter und die unter 18 Jahre wiederum 25 Pf. tiefer. Der Differenzbetrag zwischen den Löhnen der Jugendlichen und der Vorkarbeiter soll aber nicht in dem Proportio der Unternehmer verschwinden, sondern der zu gründenden Rentenkasse, welche auch eventl. zu einer Familienlohnkasse erweitert werden könnte, als Grundlage für den Familienlohn einverleibt werden. Ferner hätte im Frühjahr in Verbindung mit den Rentenkassen oder Berufsvereinsvereinen (oder auch mit beiden) eine Aufnahme nachzufragen über a) die im Bezirk beschäftigten Bauarbeiter, b) die Zahl der Jugendlichen der gesamten Jahrgänge, c) die Zahl der für den Familienlohn in Betracht kommenden und d) die Zahl der unterhaltungsberechtigten Kinder. Auf Grund dieser Statistik wäre dann noch festzustellen, wieviel die Unternehmer noch pro Kopf der beschäftigten Arbeiter, ausschließlich der unter e) genannten, für welche kein weiterer Beitrag zu entrichten wäre, zum Familienlohn zuzuschießen hätten. Die Regelung könnte wie folgt vor sich gehen: Beschäftigt ein Unternehmer z. B. überwiegend Jugendliche und solche, die für den Familienlohn nicht in Frage kommen, so würde er bei der Vöhung an Familienlohn weniger auszahlen als sein Anteil, bestehend aus dem Differenzbetrag zwischen dem Lohn der Jugendlichen und dem der Vorkarbeiter, und dem weiteren Beitrag pro Kopf der Beschäftigten beträgt. Er hätte dann den erübrigten Betrag in die Familienlohnkasse einzuzahlen. Im entgegengesetzten Falle würde der Unternehmer den zu viel ausgezahlten Betrag aus der Kasse zurückhaltend erhalten. Auf dieser Grundlage wäre meiner Ansicht nach eine Einigung möglich, wenn der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist. Auch die Vorksetzung, daß die Familienväter nicht arbeitslos würden, würde hierdurch wohl behoben werden.

Nun noch ein anderes. Die „Baugewerkschaft“, das Organ des westdeutschen Arbeiterbundes, bringt in ihrer Nr. 9 auch den Artikel aus Nr. 2 der „Baugewerkschaft“ und befragt in der Vorbemerkung, daß ich in dem Artikel „siehe beachtenswerte Ausführungen“ gemacht hätte. Wenn die Arbeitgeberseite sich die Sache nicht selbst ausgelegt hat, daß für den Unternehmerproportio bei der Vöhung höher würde, so wird sie aus Obigem ersehen, daß sie sich auf dem Schwere befindet hat und ihr durch diese Ausführungen ein tüchtiger Fuß unter die Fersen gesetzt wurde. Andererseits würde es mich freuen, wenn man auf ihrer Seite sich endlich zu der Auffassung durchringen würde, daß auch der Bauarbeiter am Gewinn des Unternehmens mitbeteiligt sein muß. Wilh. Solte, Offen.

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Sohum. Letzte Versammlung am 3. März war von 25 Kollegen besucht. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erhielt Kollege Peter das Wort, und legte in klaren, überzeugenden Worten sein Programm als amtierender Vorsitzender der Versammlung vor. Aus seinen Ausführungen ging vor allem hervor, daß wir in unserer Organisation eine rege Agitation betreiben müssen, um die Kollegen, die einer Welterhebung mit uns sind, in die Reichsvereinigung zu bekommen. Aus seinen bisherigen Versammlungsberichten sei es ihm klar geworden, daß wir nur dann zum Ziele kommen und die Kollegen mehr für unsere Sache gewinnen können, wenn wir eine möglichst selbständige Gruppe der Polier-, Werk- und Schachtmeister bilden; selbstverständlich so, wie es der Bochumer Verein von Anfang an vertreten hat, im Anschluß an die Zentrale in Berlin.

Der Vorsitzende dankte dem Kollegen für seinen Vortrag und gab noch kurz den nunmehr abgeschlossenen Tarifvertrag bekannt. Wenn auch nicht alles nach unserem Wunsche ausgefallen ist, so wollen wir für diesmal doch damit zufrieden sein. Daß er kein besseres Aussehen bekommen hat, ist vor allem auf das Konto des „Polierbundes“ zu legen. Jedem Mitgliede wird ein Tarifvertragsmuster zugesandt werden, sobald letztere im Druck erschienen sind. Es ist sehr zu bedauern, daß vielen Kollegen bisher der Tariflohn von ihren Arbeitgebern nicht ausbezahlt worden ist, einfach deshalb, weil sie nicht dem Polier-

bunde angehörten, der ja, wie bekannt, bisher alleiniges Tarifträger war. Das ist nun durch diesen Abschluß ein für allemal unmöglich gemacht.

Westdeutschland

Es vereinbarten der Westdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe e. V., einerseits, und a) die Reichsleitung der Poliere und Schachtmeister im Deutschen Bauarbeiterverband, b) die Reichsvereinigung der Poliere, Werk- und Schachtmeister im Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, c) der Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands andererseits, wie folgt: 1. Die unterzeichneten Bauarbeiterverbände treten dem vorstehenden Abkommen (Bestimmungen des Reichsvertrages und des Bezirksvertrages für Poliere im Baugewerbe) für die in den unterzeichneten Verbänden organisierten Poliere vollinhaltlich bei. 2. Die vorgeschriebenen Schlichtungsinstanzen werden auf Arbeitnehmerseite je zur Hälfte vom Polierbund und den unterzeichneten Bauarbeiterverbänden besetzt. 3. Bei zukünftigen Änderungen des Lohn- und Arbeitstarifes werden die Vertreter der unterzeichneten Bauarbeiterverbände hinzugezogen.

- Westdeutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe
Dr. Grundmann.
- Reichsvereinigung der Poliere, Werk- und Schachtmeister im christlichen Bauarbeiterverband
J. A. Meyer.
- Reichsleitung der Bauwerkmeister im Deutschen Bauarbeiterverband
J. A. Herm. Rußmann.
- Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen Deutschlands
J. A. S. Janßen.

Verbandsnachrichten

Offen. Am 20. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Sachbericht vom vierten Quartal lag den Kollegen gedruckt vor. Derselbe schloß ab mit einer Bilanz für die Hauptkasse von 76 300,75 Mark, für die Lokalkasse von 48 445,31 Mk. Den Jahresbericht gab Kollege Friedrich. Die Einwirkungen des Friedensvertrages, der Mangel an Rohstoffen und Kohlen, sowie die Geldentwertung haben unser Wirtschaftsleben nicht wieder richtig in Gang kommen lassen. Das Baugewerbe hatte infolge der großen Wohnungsnot eine gute Konjunktur. Durch Staatszuschüsse seien außer den Bergarbeiterwohnungen 574 Häuser mit 1072 Wohnungen erstellt worden. Auch die Ausichten für 1921 seien gut, da die Stadt wieder 30 Millionen bereitgestellt hat als Zuschüsse, außerdem für 20 Millionen häußere Häuser erstellt werden sollen. Unser Verband hat im Laufe des Jahres gute Fortschritte gemacht. Von 2005 am Schluß des 4. Quartals 1919 sind wir gestiegen auf 2300. Aufnahmen hatten wir 1214. In Beitragsmarken wurden verkauft 97 100, im Jahresdurchschnitt 49,6 Markten pro Mitglied. Wir hatten eine Gesamteinnahme für die Hauptkasse von 219 190,55 Mk. Ausgabe für Krankheit 7881,05 Mark, Sterbunterstützung 937 Mk., Arbeitslosenunterstützung 73,75 Mk., Streitunterstützung 1574,75 Mk., Militärunterstützung 35 Mk. In bar eingekam 199 688,70 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 83 326,05 Mk. eine Ausgabe von 80 073,44 Mk. Die Tätigkeit der Verwaltung war im Laufe des Jahres sehr vielseitig. Die Versammlungen seien planmäßig in allen Ortsgruppen abgehalten worden, ebenso die Baulegitimationen. Besonders viel Zeit haben die Lohnverhandlungen in Anspruch genommen. Im Monat April ist der Tarifabschluß mit 5,30 Mk. zustande gekommen, im Juni eine Steuerungszulage von 1 Mk. im Oktober eine solche von 65 Pf. Auch die Spezialberufe haben sämtlich Tarifabschlüsse getätigt. Die Steuerungszulagen steigen automatisch mit. Das häufige Zusammentreten der Schlichtungskommissionen und Tarifämter, sowie die vielen Klagen am Gewerbegericht beweisen, daß noch sehr viele Unklarheiten im Tarifvertrag bestehen. Auch die Sozialversicherung sei sehr reformbedürftig. Es hält sehr schwer und kostet viel Mühe und Arbeit, um den Kollegen ihre gerechten Ansprüche zu sichern. Ueber die Produktivgenossenschaft konnte er mitteilen, daß dieselbe gute Fortschritte mache und im Monat März ihre Tätigkeit aufnehmen. In der Diskussion wurde auf die Akfordarbeit hingewiesen und die Verwaltung beauftragt, alles zu tun, um die Akfordarbeit im Hochbau zu beseitigen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Josef Diederich, 1. Vorsitzender; Albert Wigger, 2. Vor.; Josef Kolke, 1. Kassierer; Wilhelm Solte, 2. Kass.; Johann Schneiders, 1. Schriftführer; Wilh. Wagenbach, 2. Schriftf.; Wilhelm Karl Koch, Josef Schid, Wilhelm Müller, Franz Gemen, Peter Heep, Peter Schels; Redatoren die Kollegen Andreas Arck, Peter Heibens und Josef Lud.

Freiburg i. Br. Unsere Generalversammlung fand am 20. Februar bei sehr guter Beteiligung statt. Kollege Schurer eröffnete die Versammlung, der Schriftführer verlas den umfassenden Tätigkeitsbericht, dann gab der Kassierer Anton Schmidt den Kassenbericht. Bezirksleiter, Kollege Heinrich, dankte dem Gesamtvorstand für seine rührige Tätigkeit, er ermahnte die Kollegen, treu zur Organisation zu stehen, tüchtig zu agitieren und in allen Dingen stets nach dem Statut zu handeln. Darauf wurde unter dem Vorsitz des Kollegen Heinrich zur Wahl geschritten. Als Zeichen des Vertrauens wurde der alte Vorstand wiedergewählt: 1. Vorsitzender Kollege

